

Aktenzeichen des Gerichts:

**Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei
Verfahrenskostenstundung**

– Belege bitte in Kopie durchnummeriert beizufügen –

A Angaben zu Ihrer Person			
Name, Vorname, ggf. Geburtsname	Beruf, Erwerbstätigkeit	Geburtsdatum	Familienstand
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)		Tagsüber tel. erreichbar unter Nummer	
Sofern vorhanden: Gesetzlicher Vertreter (Name, Vorname, Anschrift, Telefon)			
B Verfahrensbevollmächtigter			
Name, Vorname			
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)		Tagsüber tel. erreichbar unter Nummer	
C Kostenübernahme			
Können die Verfahrenskosten von einer dritten Person (Stelle) übernommen werden?			
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja:		Beleg Nr.
Name, Vorname, ggf. Geburtsname			
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)			
In Höhe von EUR			

D Unterhaltsanspruch gegenüber anderen Personen

Haben Sie Angehörige, die Ihnen gegenüber gesetzlich zur Leistung von Unterhalt verpflichtet sind (auch wenn tatsächlich keine Leistungen erfolgen)?
z. B. Mutter, Vater, Ehegatte/Ehegattin, eingetragene(r) Lebenspartner/Lebenspartnerin

Nein

Ja:

Beleg
Nr.

Name des Unterhaltsverpflichteten. Bitte geben Sie auf einem weiteren Exemplar dieses Formulars seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse an, sofern diese nicht bereits vollständig aus den folgenden Abschnitten ersichtlich sind.

Wenn Sie laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe) beziehen und den aktuellen Bescheid einschließlich des Berechnungsbogens vollständig beifügen, müssen Sie die Abschnitte E bis J nicht ausfüllen, es sei denn, das Gericht ordnet es an.

Die Abschnitte E bis J werden nicht ausgefüllt. Ein aktueller Sozialhilfebescheid ist beigelegt.

E Angehörige, denen Sie Bar- oder Naturalunterhalt gewähren

Name, Vorname, Anschrift (sofern sie von Ihrer Anschrift abweicht)	Geburtsdatum	Verhältnis (z. B. Ehegatte, Kind, Mutter)	Monatsbetrag in EUR soweit Sie den Unterhalt nur durch Zahlung gewähren	Haben diese Angehörigen eigene Einnahmen? z. B. Ausbildungsvergütung, Unterhaltszahlung vom anderen Elternteil usw.		Beleg Nr.
1.				<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR netto	
2.				<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR netto	
3.				<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR netto	
4.				<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR netto	
5.				<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR netto	

F Bruttoeinnahmen

Belege (z. B. Lohnbescheinigung, Steuerbescheid, Bewilligungsbescheid mit Berechnungsbogen) müssen in Kopie beigefügt werden.

1. Haben Sie Einnahmen aus (bitte die monatlichen Bruttobeträge in EUR angeben)

Nichtselbständiger Arbeit?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	Beleg Nr.	Unterhalt?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	Beleg Nr.
Selbständiger Arbeit/ Gewerbebetrieb/ Land- und Forstwirtschaft?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Rente/Pension?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Vermietung und Verpachtung?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Arbeitslosengeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Kapitalvermögen?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Arbeitslosengeld II?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Kindergeld/Kinderzuschlag?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Krankengeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Wohngeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Elterngeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	

2. Haben Sie andere Einnahmen? auch einmalige oder unregelmäßige Wenn ja, bitte Art, Bezugszeitraum und Höhe angeben z. B. Weihnachts-/Urlaubsgeld jährlich, Steuererstattung jährlich, BAFöG mtl.

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Beleg Nr.
-------------------------------	-----------------------------	-----------

EUR brutto

EUR brutto

3. Hat Ihr Ehegatte/eingetragener Lebenspartner bzw. Ehegattin/eingetragene Lebenspartnerin Einnahmen aus (bitte die monatlichen Bruttobeträge in EUR angeben)

Nichtselbständiger Arbeit?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	Beleg Nr.	Unterhalt?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	Beleg Nr.
Selbständiger Arbeit/ Gewerbebetrieb/ Land- und Forstwirtschaft?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Rente/Pension?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Vermietung und Verpachtung?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Arbeitslosengeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Kapitalvermögen?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Arbeitslosengeld II?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Kindergeld/Kinderzuschlag?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Krankengeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	
Wohngeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto		Elterngeld?	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: mtl. EUR brutto	

4. Hat Ihr Ehegatte/eingetragener Lebenspartner bzw. Ihre Ehegattin/eingetragene Lebenspartnerin andere Einnahmen? auch einmalige oder unregelmäßige Wenn ja, bitte Art, Bezugszeitraum und Höhe angeben z. B. Weihnachts-/Urlaubsgeld jährlich, Steuererstattung jährlich, BAFöG mtl.			<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Beleg Nr.
			EUR brutto		
			EUR brutto		
G Falls zu den Einnahmen alle Fragen verneint werden: Auf welche Umstände ist dies zurückzuführen? Wie bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?					
H Abzüge Art der Abzüge bitte kurz bezeichnen (z. B. Lohnsteuer, Pflichtbeiträge, Lebensversicherung). Belege müssen in Kopie beigelegt werden.					
1. Welche Abzüge haben Sie?			2. Welche Abzüge hat Ihr Ehegatte/eingetragener Lebenspartner bzw. Ihre Ehegattin/eingetragene Lebenspartnerin?		
Steuern/Solidaritätszuschlag	EUR mtl.	Beleg Nr.	Sozialversicherungsbeiträge	EUR mtl.	Beleg Nr.
Sozialversicherungsbeiträge	EUR mtl.		Sozialversicherungsbeiträge	EUR mtl.	
Sonstige Versicherungen	EUR mtl.		Sonstige Versicherungen	EUR mtl.	
Fahrt zur Arbeit (Kosten für öffentliche Verkehrsmittel oder einfache Entfernung bei KFZ-Nutzung)	EUR mtl./km		Fahrt zur Arbeit (Kosten für öffentliche Verkehrsmittel oder einfache Entfernung bei KFZ-Nutzung)	EUR mtl./km	
Sonstige Werbungskosten/Betriebsausgaben	EUR mtl.		Sonstige Werbungskosten/Betriebsausgaben	EUR mtl.	

I Bankkonten/Grundeigentum/Kraftfahrzeuge/Bargeld/Vermögenswerte

Verfügen Sie oder Ihr Ehegatte/Ihre Ehegattin bzw. Ihr eingetragener Lebenspartner/Ihre eingetragene Lebenspartnerin allein oder gemeinsam über ...

1. Bank-, Giro-, Sparkonten oder dergleichen? Angaben zu allen Konten sind auch bei fehlenden Guthaben erforderlich.			Beleg Nr.
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: Art des Kontos, Kontoinhaber, Kreditinstitut	Kontostand in EUR	
2. Grundeigentum? z. B. Grundstück, Haus, Eigentumswohnung, Erbbaurecht (Grundbuchauszug – soweit vorhanden – beifügen)			Beleg Nr.
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: Größe, Anschrift/Grundbuchbezeichnung, Allein- oder Miteigentum, Zahl der Wohneinheiten	Verkehrswert in EUR	
3. Kraftfahrzeuge			Beleg Nr.
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: Marke, Typ, Baujahr, Anschaffungsjahr, Allein- oder Miteigentum, Kilometerstand	Verkehrswert in EUR	
4. Bargeld oder Wertgegenstände? z. B. wertvoller Schmuck, Antiquitäten, hochwertige elektronische Geräte			Beleg Nr.
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: Bargeldbetrag in EUR, Bezeichnung der Wertgegenstände, Allein- oder Miteigentum	Verkehrswert in EUR	
5. Lebens- oder Rentenversicherungen?			Beleg Nr.
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: Versicherung, Versicherungsnehmer, Datum des Vertrages. Handelt sich um eine zusätzliche Altersvorsorge gem. Einkommenssteuergesetz, die staatlich gefördert wurde („Riester-Rente“)?	Rückkaufswert in EUR	
6. sonstige Vermögenswerte z. B. Bausparverträge, Wertpapiere, Beteiligungen, Forderungen			Beleg Nr.
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja: Bezeichnung, Allein- oder Miteigentum/Verkehrswert	Verkehrswert in EUR	

J Wohnkosten Belege sind in Kopie beizufügen (z. B. Mietvertrag, Heizkostenabrechnung, Kontoauszüge)						
1. Gesamtgröße des Wohnraums, den Sie allein oder gemeinsam mit anderen Personen bewohnen: (Angabe in Quadratmeter)					Beleg Nr.	
2. Zahl der Zimmer:		3. Anzahl der Personen, die den Wohnraum insgesamt bewohnen:				
4. Nutzen Sie den Raum als Mieter oder in einem ähnlichen Nutzungsverhältnis? Wenn ja, bitte die nachfolgenden Angaben in EUR pro Monat ergänzen				<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	
Miete ohne Nebenkosten	Heizungskosten	Übrige Nebenkosten	Gesamtbetrag	Ich allein zahle davon		
5. Nutzen Sie den Raum als Eigentümer, Miteigentümer oder Erbbauberechtigter? Wenn ja, bitte die nachfolgenden Angaben in EUR pro Monat ergänzen				<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	
Zinsen und Tilgung	Heizungskosten	Übrige Nebenkosten	Gesamtbetrag	Ich allein zahle davon		
6. Genaue Einzelangaben zu der Belastung aus Fremdmitteln bei Nutzung als (Mit-)Eigentümer usw. z. B. Datum des Darlehensvertrages, Darlehensnehmer, Kreditinstitut, Darlehensrate pro Monat, Zahlungen laufen bis ...					Beleg Nr.	
			Restschuld in EUR	Zinsen und Tilgung mtl.		
			Restschuld in EUR	Zinsen und Tilgung mtl.		
K Sonstige Zahlungsverpflichtungen Angabe an wen, wofür, seit wann die Zahlungen geleistet werden z. B. Ratenkredit der ... Bank vom ... für ... Raten laufen bis .../Belege (z. B. Darlehensvertrag, Zahlungsnachweise) sind in Kopie beizufügen						
			Restschuld in EUR	Gesamtbetrag mtl.	Ich allein zahle davon	Beleg Nr.
			Restschuld in EUR	Gesamtbetrag mtl.	Ich allein zahle davon	
			Restschuld in EUR	Gesamtbetrag mtl.	Ich allein zahle davon	
L Besondere Belastungen Angaben sind zu belegen, an wen, wofür, seit wann die Zahlungen geleistet werden z. B. Mehrausgaben für körperbehinderten Angehörigen und Angabe des GdB/Mehrbedarfs gemäß § 21 SGB II und § 30 SGB XII						
				Ich allein zahle davon	Beleg Nr.	
				Ich allein zahle davon		

M

Ich versichere hiermit, dass meine Angaben vollständig und wahr sind. Das Hinweisblatt zu diesem Formular habe ich erhalten und gelesen.

Mir ist bekannt, dass unter den nachfolgenden Bedingungen die Bewilligung der Verfahrenskostenstundung aufgehoben werden kann:

1. wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Angaben über Umstände mache, die für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder die Stundung maßgebend sind, oder ich eine vom Gericht verlangte Erklärung über meine Verhältnisse nicht abgebe;
2. wenn die persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Stundung bei Antragstellung nicht vorliegen;
3. wenn ich länger als drei Monate mit der Zahlung einer Monatsrate oder mit der Zahlung eines sonstigen Betrages schuldhaft in Rückstand bin;
4. wenn ich schuldhaft keiner angemessenen Erwerbstätigkeit nachgehe und, wenn ich ohne Beschäftigung bin, mich nicht um eine solche bemühe oder eine zumutbare Tätigkeit ablehne und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger beeinträchtige;
5. die Restschuldbefreiung versagt oder widerrufen wird.

Ich weiß, dass die Bewilligung der Verfahrenskostenstundung bei einem Verstoß gegen diese Pflicht aufgehoben werden kann, und ich dann die gesamten Kosten nachzahlen muss und ich die angestrebte Restschuldbefreiung u. U. nicht erhalten kann (vergl. z. B. §§ 207, 289 InsO).

Mir ist auch bekannt, dass ich während des Insolvenzverfahrens und bis zur Erlangung der Restschuldbefreiung und innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren seit Beendigung des Verfahrens verpflichtet bin, dem Gericht wesentliche Verbesserungen meiner wirtschaftlichen Lage unverzüglich mitzuteilen.

Anzahl der beigefügten Belege:

Anzahl der beigefügten Belege:		
		Aufgenommen:
Ort, Datum	Unterschrift der Partei oder Person, die sie gesetzlich vertritt	Unterschrift/Amtsbezeichnung

Ausfüllhinweise

Füllen Sie den Vordruck bitte in allen Teilen vollständig aus. Wenn Fragen zu verneinen sind, kreuzen Sie bitte das dafür vorgesehene Kästchen an. Wenn ein solches nicht vorgesehen ist, tragen Sie bitte das Wort „nein“ oder einen waagerechten Strich ein. Soweit der vorgesehene Platz nicht ausreicht, benutzen Sie bitte die Rückseite und verweisen auf die zugehörige Stelle im Fragebogen. Bedenken Sie, dass unrichtige Angaben zur Ablehnung der Stundung und zur Versagung der Restschuldbefreiung führen können. Füllen Sie das Formular sehr sorgfältig aus.

Verfahrenskostenstundung kann nur gewährt werden, wenn Sie nicht in der Lage sind, die Kosten des Verfahrens aus Ihrem Vermögen zu bestreiten. Das Insolvenzgericht muss dies überprüfen. Aus diesem Grund werden von Ihnen die Angaben aus dem Fragebogen sowie die zugehörigen Belege benötigt. Ihre Angaben werden ausschließlich zur Durchführung des Insolvenzverfahrens genutzt.

Belastungen können nur berücksichtigt werden, wenn Sie angemessen sind.

- A** Bitte bezeichnen Sie die **Erwerbstätigkeit**, aus der Sie Einnahmen (Abschnitt E des Formulars) beziehen.
- B** Tragen Sie bitte Ihre(n) Verfahrensbevollmächtigte(n) ein.
- C** Geben Sie hier bitte an, ob die Kosten durch eine andere Person übernommen werden. Dazu gehören auch gemeinnützige Institutionen, die eine Entschuldung über ein Insolvenzverfahren finanziell unterstützen (auch in Form von unverzinslichen Darlehen).
- D** **Gesetzliche Unterhaltspflichten** bestehen grundsätzlich zwischen Verwandten in gerader Linie (also etwa für Eltern gegenüber ihren Kindern und umgekehrt), zwischen Ehegatten, zwischen eingetragenen Lebenspartnern oder Lebenspartnerinnen sowie zwischen der nicht verheirateten Mutter und dem Kindesvater nach der Geburt eines Kindes. Ein Unterhaltsanspruch setzt weiter voraus, dass
- der Unterhaltsberechtigte außerstande ist, sich selbst zu unterhalten und
 - der Unterhaltsverpflichtete unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen wirtschaftlich in der Lage ist, Unterhalt zu leisten.
- Auch volljährige Kinder haben hiernach in der Regel einen gesetzlichen Unterhaltsanspruch gegen die Eltern, solange sie sich noch in der **Schul- oder Berufsausbildung** bzw. im Studium befinden. Das Gericht benötigt **zusätzlich Angaben** über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der unterhaltsverpflichteten Personen. Für (auch getrennt lebende) Ehegatten/Ehegattinnen und eingetragener Lebenspartner/Lebenspartnerin können die Angaben in den Abschnitten E bis J dieses Formulars gemacht werden. In den übrigen Fällen bitte ein **weiteres Exemplar** dieses Formulars verwenden, wobei dann nur die Abschnitte A und D bis J auszufüllen sind. Falls die unterhaltsverpflichtete Person die Mitwirkung ablehnt, geben Sie bitte den Grund der Weigerung sowie das an, was Ihnen über deren persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse bekannt ist.
- E** Wenn Sie **Angehörigen** Unterhalt gewähren, wird dies bei der Bewilligung der Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe berücksichtigt. Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, wenn Sie angeben, welchen Personen Sie Unterhalt leisten, egal ob Sie den Unterhalt ausschließlich durch Geldzahlungen erbringen und ob die Personen eigene Einnahmen haben. Zu den eigenen Einnahmen einer Person, der Sie Unterhalt gewähren, gehören auch Unterhaltszahlungen eines Dritten, insbesondere diejenigen des anderen Elternteils für das gemeinsame Kind, oder eine Ausbildungsvergütung, die ein unterhaltsberechtigtes Kind bezieht. **Den Angaben müssen Sie die notwendigen Belege in Kopie beifügen (z. B. Unterhaltstitel, Zahlungsnachweise).**
- F** **Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit** sind insbesondere Lohn oder Gehalt. Anzugeben sind die Bruttoeinnahmen des letzten Monats vor der Antragstellung. Urlaubs- oder Weihnachtsgeld und andere einmalige oder unregelmäßige Einnahmen bitte gesondert unter „Andere Einnahmen“ angeben. In Kopie beizufügen sind:

1. Lohn- oder Gehaltsabrechnungen der Arbeitsstelle für die letzten zwölf Monate vor der Antragstellung;

2. falls vorhanden, der letzte Bescheid des Finanzamts über die Einkommensteuer, sonst die elektronische Lohnsteuerbescheinigung, aus der die Brutto- und Nettobezüge des Vorjahres ersichtlich sind.

Einnahmen aus **selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft** sind mit einem aktuellen Monatsbetrag anzugeben. Das Gleiche gilt für die Eintragung der entsprechenden **Betriebsausgaben** als Abzüge unter Abschnitt F. Stellen Sie die Monatsbeträge bitte auf einem Extrablatt anhand eines Zwischenabschlusses mit dem sich ergebenden Reingewinn dar. Saisonale oder sonstige Schwankungen im Betriebsergebnis sind durch angemessene Zu- oder Abschläge zu berücksichtigen. In das Formular setzen Sie bitte die Monatsbeträge der Einnahmen und der Betriebsausgaben ein, die Sie daraus zeitanteilig errechnet haben. Falls das Gericht dies anfordert, müssen Sie die Betriebseinnahmen mit den entsprechenden Umsatzsteuervoranmeldungen und die Betriebsausgaben mit den angefallenen Belegen nachweisen. **Der letzte Jahresabschluss und der letzte Steuerbescheid, aus dem sich die erzielten Einkünfte ergeben, sind in Kopie beizufügen.**

Wenn Sie Einnahmen aus **Vermietung und Verpachtung** sowie aus **Kapitalvermögen** (z. B. Sparzinsen, Dividenden) haben, tragen Sie bitte ein Zwölftel der voraussichtlichen Jahreseinnahmen ein.

Wenn Sie **Unterhaltszahlungen** für sich und Kinder beziehen, ist bei Ihrer Angabe nur der für Ihren Unterhalt bestimmte Betrag einzutragen. Die für die Kinder bestimmten Beträge geben Sie bitte in der vorletzten Spalte des Abschnitts D an. Die Frage nach dem Bezug von Unterhalt ist auch dann zu bejahen, wenn Ihnen die Leistungen nicht als Unterhaltsrente, sondern als **Naturalleistung** (z. B. freie Wohnung, Verpflegung, sonstige Versorgung im elterlichen Haushalt; Leistungen des Partners bzw. der Partnerin einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft) gewährt werden. Der geschätzte Wert dieser Leistungen ist unter Abschnitt E einzutragen.

Bezüglich **der Einnahmen aus** Renten, Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Krankengeld, Elterngeld, Ausbildungsförderung oder anderen Sozialleistungen sind der **letzte Bewilligungsbescheid und die Unterlagen, aus denen sich die derzeitige Höhe der Leistungen ergibt, in Kopie beizufügen.**

Anzugeben mit ihrem Geldwert sind hier ferner alle sonstigen, in den vorhergehenden Zeilen des Formulars nicht erfassten **Einnahmen**, auch Naturalleistungen (z. B. Deputate, freie Verpflegung und sonstige Sachbezüge; freie Wohnung jedoch nur, wenn unter Abschnitt J Wohnkosten nicht angegeben werden).

G Wenn sie über keine regelmäßigen Einnahmen verfügen und keine Unterhaltsleistungen erhalten, sind hier Angaben zu machen, wie Sie Ihren Lebensunterhalt bestreiten (Wohnen Sie evtl. bei Freunden oder bei der Familie? Erhalten Sie Naturalunterhalt von Freunden, Familie oder Lebensgefährten? Etc.).

H Als **Abzüge** können Sie geltend machen:

1. die auf das Einkommen entrichteten **Steuern** (auch Kirchensteuer, Gewerbesteuer, nicht jedoch Umsatzsteuer) und den Solidaritätszuschlag;
2. Pflichtbeiträge zur **Sozialversicherung** (z. B. Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Pflegeversicherung);
3. Beiträge zu **öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen**, aber nur bis zu der Höhe, in der diese gesetzlich vorgeschrieben sind. Falls die Versicherung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, können Beiträge nur bis zu der Höhe abgesetzt werden, in der die Versicherung nach Art und Umfang angemessen ist. Bitte erläutern Sie Art und Umfang der Versicherung auf einem Extrablatt, falls dies nicht eindeutig aus den in Kopie beizufügenden Belegen (z. B. Versicherungsschein, Beitragsrechnung) hervorgeht;
4. **Fahrt- und sonstige Werbungskosten**, d. h. die notwendigen Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (z. B. auch Berufskleidung, Gewerkschaftsbeitrag). Wenn Sie Kosten der Fahrt zur Arbeit geltend machen, ist die einfache Entfernung in Kilometern anzugeben, bei Benutzung eines Pkw auch der Grund, warum kein öffentliches Verkehrsmittel benutzt wird. Bei Einnahmen aus selbständiger Arbeit hier bitte die Betriebsausgaben angeben.

Die allgemeinen Lebenshaltungskosten (z. B. Lebensmittel, Kleidung, Telefon oder Strom, soweit er nicht zum Heizen benötigt wird) berücksichtigt das Gericht von sich aus in Höhe der gesetzlich festgelegten Freibeträge.

I Hier sind **alle Bankkonten, Grundeigentum, Kraftfahrzeuge, Bargeldbeträge, Lebensversicherungen, private Rentenversicherungen und sonstigen Vermögenswerte** (auch im Ausland angelegte) anzugeben, die Ihnen, Ihrem Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartner bzw. Ihrer Ehegattin/ eingetragenen Lebenspartnerin jeweils allein oder gemeinsam gehören. Sollten eine oder mehrere Personen Miteigentümer sein, bitte den Anteil bezeichnen, der Ihnen, Ihrem Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartner oder Ihrer Ehegattin/ eingetragenen Lebenspartnerin gehört. Geeignete Belege sind in Kopie beizufügen. Darüber hinaus kann das Gericht aus begründetem Anlass weitere Belege (z. B. Kontoauszüge für einen längeren, zurückliegenden Zeitraum) anfordern.

Stundung kann Ihnen auch dann bewilligt werden, wenn zwar Vermögenswerte vorhanden sind, diese aber zur Sicherung einer angemessenen Lebensgrundlage oder einer angemessenen Vorsorge dienen. Derartige Vermögenswerte sind zum Beispiel

- ein selbst genutztes angemessenes Hausgrundstück,
- Kapital, das der zusätzlichen Altersvorsorge im Sinne des Einkommensteuergesetzes dient und dessen Ansammlung staatlich gefördert wurde („Riester-Rente“),
- ein angemessenes Kraftfahrzeug, wenn dieses für die Berufsausbildung oder die Berufsausübung benötigt wird,
- kleinere Barbeträge oder Geldwerte (Stand 01.04.2017: Beträge bis insgesamt 5000 Euro für die hilfebedürftige Partei zuzüglich 500 Euro für jede Person, die von ihr überwiegend unterhalten wird).

Diese Vermögenswerte müssen Sie aber trotzdem angeben!

Hausrat, Kleidung und Gegenstände, die für die Berufsausbildung oder die Berufsausübung benötigt werden, müssen nur dann angegeben werden, wenn sie den Rahmen des Üblichen übersteigen oder wenn es sich um Gegenstände von höherem Wert handelt.

Ist bebauter **Grundvermögen** vorhanden, geben Sie bitte auch die jeweilige Gesamtfläche an, die für Wohnzwecke bzw. einen gewerblichen Zweck genutzt wird, nicht nur die von Ihnen und Ihren Angehörigen (oben Abschnitt D) genutzte Fläche.

Bei **Grundvermögen** ist der Verkehrswert (nicht Einheits- oder Brandversicherungswert) anzugeben, bei **Bauspar-, Bank-, Giro-, Sparkonten** und dergleichen der derzeitige Kontostand, bei **Wertpapieren die Anzahl, die Wertpapierkennnummer** sowie der derzeitige Kurswert und bei einer **Lebensversicherung** der Rückkaufswert. Entsprechende Belege (z. B. Bescheinigungen von Banken oder Versicherungen) sind in Kopie beizufügen.

Unter „**Sonstige Vermögenswerte**“ fallen außerdem Forderungen, in Scheidungsverfahren insbesondere auch der Anspruch aus Zugewinnausgleich.

Sollte der Einsatz oder die Verwertung eines Vermögensgegenstandes für Sie und Ihre Familie eine besondere Härte bedeuten, erläutern Sie dies bitte auf einem Extrablatt.

- J** Wenn **Wohnkosten** geltend gemacht werden, geben Sie bitte die Wohnfläche, die Zahl der Zimmer und die Gesamtzahl der Personen, die den Wohnraum bewohnen, an. Die Kosten bitte wie im Formular vorgesehen aufschlüsseln.

Mietnebenkosten sind – außer den gesondert anzugebenden **Heizungskosten** – die auf die Mieter umgelegten **Betriebskosten** (z. B. Grundsteuer, Wasserversorgung, Entwässerung, Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Schornsteinfeger, Aufzug, Allgmeinstrom, Hausreinigung, Gemeinschaftsantenne usw.). Nicht hierzu gehören jedoch Gas- oder Stromkosten für die eigene Wohnung (soweit es sich nicht um Heizkosten handelt), Telefon oder GEZ.

Zu der Belastung aus Fremdmitteln bei **Wohneigentum** gehören insbesondere die Raten für Darlehen, die für den Bau, den Kauf oder die Erhaltung aufgenommen worden sind. **Nebenkosten** sind auch hier außer den gesondert anzugebenden Heizungskosten die Betriebskosten.

Sollten Sie sich den Wohnraum mit einer anderen Person als einem unterhaltsberechtigten Angehörigen (oben Abschnitt D) teilen, tragen Sie bitte nur die auf Sie entfallenden anteiligen Beträge ein. **Die notwendigen Belege (z. B. Mietvertrag, Darlehensurkunden, Nebenkostenabrechnung) müssen in Kopie beigefügt werden.**

- K** Sie müssen die notwendigen Belege für die monatlichen Zahlungen und die derzeitige Höhe der Restschuld auch dann in Kopie beifügen, wenn Sie die Zahlungsverpflichtung eingegangen sind, um einen unter Abschnitt G anzugebenden Vermögensgegenstand anzuschaffen.

- L** Wenn Sie eine **besondere Belastung** geltend machen, geben Sie bitte den Monatsbetrag oder die anteiligen Monatsbeträge an, die von Ihren Einnahmen oder denen Ihres Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners oder Ihrer Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin abgesetzt werden sollen. Bitte fügen Sie außer den Belegen auf einem Extrablatt eine Erläuterung bei. Eine Unterhaltsbelastung Ihres Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners bzw. Ihrer Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin aus einer früheren Ehe oder Partnerschaft kann hier angegeben werden. Wenn Sie sich in einer besonderen Lebenssituation befinden und daher die Voraussetzungen für die Gewährung von Mehrbedarfen gemäß § 21 SGB II oder § 30 SGB XII vorliegen, werden diese ebenfalls als Abzug anerkannt. Beispiele hierfür sind

- Werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche
- Personen, die mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern zusammenleben und allein für deren Pflege und Erziehung sorgen
- Behinderte Personen, denen bestimmte Leistungen gemäß SGB XII zuerkannt werden
- Personen, die medizinisch bedingt einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen

- M** Die Erklärung ist auch bei anwaltlicher Vertretung von der Partei selbst in der letzten Zeile zu unterschreiben. Bei gesetzlicher Vertretung muss der gesetzliche Vertreter unterschreiben.